



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/133 - 16. Juni 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 806 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>"Sicherheit aller Beteiligten"</u> Zu den nächsten Aufgaben der deutschen Politik	46
2 - 3	<u>Kommt die Kohle unter die Räder?</u> Bonn fehlt eine Energiekonzeption Vor dem Gespräch Guterath-Ernard	67
4 - 5	<u>Gipfel der Intoleranz</u> Nervöse CDU - Eingriff in die Grundrechte des Staatsbürgers	66
6	<u>Prestigegewinn für Tito</u> Konferenz der Neutralen in Jugoslawien Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	45
7	<u>Es geht um das Erbe der Sahara</u> Nach dem Abbruch in Evian Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	42
8	<u>Gute Europäer</u> Holländisches Lob für die SPD * * *	24
8	<u>Erschreckende Bilanz</u> Intelligenz verlässt die Zone	26

Zur Beachtung: Die nächste Ausgabe des SPD-Pressedienstes erscheint am
Montag, dem 19. Juni 1961

Die Redaktion

* * * * *

"Sicherheit aller Beteiligten"

Zu den nächsten Aufgaben der deutschen Politik

sp- MdB Herbert Wehner, stellvertretender Vorsitzender der SPD, hat am Donnerstag mehrere wichtige Anregungen zu den nächsten Aufgaben der deutschen Politik der Öffentlichkeit unterbreitet. Eine der wichtigsten dieser Anregungen lautet:

"Es muss klargestellt werden, dass die Vertretung des deutschen Volkes nur einen Friedensvertrag anstrebt, der die Sicherheit aller Beteiligten garantiert und dass man zu jeder Verhandlung bereit ist, die zu einer solchen Garantie für alle Beteiligten führt. Diese Klarstellung ist notwendig, weil die Gegenseite es so darstellt, als sei die Bundesrepublik der Störenfried. Die deutsche Aufgabe hingegen ist es gerade, jedermann klarzumachen, dass eine Friedensregelung, die nicht auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes als Ganzes Rücksicht nimmt, die Spannungen in Europa und der Welt erhöht".

Es ist seit langen bekannt, dass die Führer der Ostblockstaaten bei allen internationalen Verhandlungen, die bisher über die Lösung des Deutschlandproblems stattgefunden haben, stets nur ihren eigenen Sicherheitskomplex ins Spiel brachten. Sie behaupteten unter souveräner Regierung ihrer eigenen, die Sicherheit anderer Völker bedrohenden Politik, nur die Bundesrepublik sei ein Unruheherd und nur von ihr gehe die Bedrohung anderer Völker aus. Soweit es sich um Ost-West-Verhandlungen über andere strittige Fragen der Weltpolitik handelt, wird von der östlichen Seite dasselbe Schema angewandt.

Nun können bei jedem Versuch der Regelung irgendeines Streitfalles in der Welt die beiden Hauptkontrahenten -USA und UdSSR- von der Tatsache ausgehen, dass sie sich gegenseitig vernichten würden, wollten sie Gewalt anwenden. Demzufolge gibt es auch für sie selbst wenn sie das Deutschlandproblem ausklammern und die deutsche Frage im Status quo "einfrieren" lassen würden keine Sicherheit. Der Trugschluss der sowjetischen Weltstrategie liegt also in der Vermutung oder Behauptung, die Sicherheit der Sowjetunion sei gewährleistet, wenn das Deutschlandproblem im Sinne sowjetischer Vorschläge gelöst wird.

Die Aufgabe der deutschen Politik besteht demnach in dem von allen demokratischen Kräften getragenen Versuch, der Logik des Weltgeschehens im Interesse der vermeintlich gefährdeten Sicherheit aller durch Deutschland wieder zu ihrem Recht zu verhelfen. Das ist gewiss eine grosse Aufgabe, und niemand wird sagen können, ob der Versuch ihrer Lösung gelingt. Andererseits jedoch wäre das Nichtstun in dieser Situation und der Verzicht auf Vorschläge zu einer Friedensregelung, die nach menschlichem Ermes- sen die Sicherheit aller Beteiligten garantiert, der Verzicht auf deutsche Politik überhaupt.

* * *

Kommt die Kohle unter die Räder?

H.N. - Oft genug wurde darauf hingewiesen, dass die derzeitige Ruhe im und um den Steinkohlenbergbau nicht echt ist, sondern die Strukturkrise der Kohle nach wie vor latent ist. Jetzt hat der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Heinrich Gutermuth, mit einem Schlag die Gemüter zwischen Rhein und Ruhr erhitzt und mit unmissverständlichen Worten auf die auch weiterhin schwierige Situation in der Steinkohle aufmerksam gemacht.

In seiner von der breitesten Öffentlichkeit sehr aufmerksam registrierter Rede vor der Delegiertenversammlung des Ringes ehemaliger Bergschüler in Essen prophezeite Gutermuth erneute Feierschichten für die Bergarbeiter und wies auf die trotz Hochkonjunktur in den übrigen Wirtschaftszweigen erheblich verschlechterte Absatzlage der Kohle hin. Er forderte politische Massnahmen von der Bundesregierung in Form von Sofort- und langfristigen Massnahmen. Ein späteres Fernsehinterview machte dann offenkundig, dass der Gewerkschaftsvorsitzende bei den Sofortmassnahmen an eine strengere Regulierung der Öleinfuhren und eine intensivere Besteuerung des Öls denkt, um die preispolitischen Verzerrungen auf dem Energiemarkt zu beseitigen. Angesichts der völlig inaktiven und konzeptionslosen Haltung der Bundesregierung auf dem Gebiet der Energiepolitik sind das für die Gewerkschaft die zunächst denkbarsten Lösungen, um an der Ruhr schwerwiegende soziale Nachteile für die Bergarbeiter aufzufangen.

Bis heute hat sich nämlich das Ministerium des "Marktwirtschaftlers" Erhard mit beachtlicher Hartnäckigkeit darüber ausgeschwiegen, welche Stellung die deutsche Kohle im nationalen Bereich der Energiebedarfsdeckung einnehmen soll. Genau so ärmlich sieht es im Europa der Sechs aus, so dass ein dem Erhard-Ministerium durchaus positiv gegenüber stehender Informationsdienst noch vor wenigen Tagen schrieb: "In eingeweihten Luxemburger Kreisen ist zu erfahren, dass die Bundesregierung noch keine abschliessende Konzeption hinsichtlich der Koordinierung der Energiepolitik auf europäischer Ebene besitzt."

Seit drei Jahren schon ist also der europäische und auch deutsche Energiemarkt völlig aus den Fugen geraten und die dafür Verantwortlichen in Bonn haben ausser den recht unzulänglichen Mitteln einer

fragwürdigen Schutzzollpolitik und Einfuhrkontingentierung die zukünftige Position des Energieträgers Kohle bisher nicht zu urreissen vermocht. Zechen wurden nach recht privatem Gutdünken stillgelegt, Kohlenvorräte damit aufgegeben, Feierschichten eingelegt und damit schliesslich soviel Bergarbeiter aus dem Bergbau vertrieben, dass heute ein Teil der echten Rationalisierungsmassnahmen im Bergbau deshalb nicht zu einer Kostendegression führen können, weil infolge des Arbeitskräftemangels die Kapazitäten nicht optimal ausgenutzt werden können.

Es ist wohl viel Flickwerk, was von Unternehmern und Bundesregierung entwickelt wurde, jedoch fehlen jene grundsätzlich neuen Konstruktionen, die der Kohle über alle privatwirtschaftlichen Interessen hinweg eine neue Ausgangsposition entsprechend den veränderten Verhältnissen auf dem Energiemarkt verschafft hätten.

Sicher ist es das schlechte Gewissen über diese eindeutige Fehlentwicklung, das Minister Erhard veranlasst hat, sofort nach der Guter-muth-Attacke ein Gespräch mit der IG Bergbau und Energie zu suchen. Am kommenden Montag werden sich Guter-muth und Erhard in Bonn treffen. Gegenstand des Gesprächs sollen u.a. der immer noch nicht von der Hohen Behörde genehmigte Gemeinschafts-Ruhrkohlenverkauf und die Absatzlage sein. Zweifellos wird Erhard auch jenen Plan aus seiner Schublade ziehen, wonach ein sogenannter Rationalisierungs-Verband mit öffentlich-rechtlichem Status für die weitere Stilllegung von Zechen gebildet werden soll. In gut unterrichteten Bonner Kreisen verlautet dazu, dass dieser Plan u.a. auch vorsehen soll, die Zechenstilllegungen steuerlich zu begünstigen. Damit würde dann die Öffentlichkeit zum x-tenmale zu finanziellen Leistungen für einen Wirtschaftszweig herangezogen, der sich in all den Jahren darin gefallen hat, eine Politik zu betreiben, die unkontrolliert von der Öffentlichkeit, aber mit öffentlichen Mitteln finanziert, nur dem privatwirtschaftlichen Vorteil diene.

Schon längst hätte es eine grundsätzliche Neuordnung des Bergbaus geben müssen, aber um der Aufrechterhaltung der Fiktion von der privaten Unternehmerinitiative im Bergbau willen geriet dieser Wirtschaftszweig nun vollends unter die Räder. Die Verantwortung dafür trägt die Bundesregierung.

Gipfel der Intoleranz

L. Sch. - Mainz

Das bisher wohl stärkste Stück an Unduldsamkeit gegenüber den politischen Andersdenkenden hat sich die rheinland-pfälzische CDU im Vorfeld einer Informationsfahrt geleistet, die den Regierenden Bürgermeister von Berlin und Kanzlerkandidaten der SPD, Willy Brandt, am Mittwoch quer durch die Pfalz führte. Hier soll nicht einmal die Rede davon sein, dass aus dem Mainzer Ministerium für Unterricht und Kultus, das der Möbelfabrikant Dr. Eduard Orth aus Speyer besetzt hält, die Anweisung an alle Schulleiter kam, auf keinen Fall während der Unterrichtszeit eine Teilnahme von Schülern an der Begrüssung Willy Brandts zu dulden oder gar selbst zu veranlassen. Wenn ein Schülerchor in der kleinen Gemeinde Birkenheide im Landkreis Frankenthal das für den prominenten Gast vorbereitete "Ständchen" ebenfalls der CDU-Nervosität opfern musste, so kann man es ebenfalls getrost mit den SPD-Kanzlerkandidaten halten, der für solche erfolglosen Fussangeln auf seinem Weg zu immer stärkerer Popularität nicht mehr als Mitleid für die Initiatoren äusserte. "Ich wollte dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Altmeier eigentlich ein Danktelegramm für diese unfreiwilligen, aber doch wesentlichen Beiträge zum grossartigen Erfolg meiner Pfalzfahrt schicken!" konnte Willy Brandt am Abend in Kaiserslautern mit feiner Ironie das Resumée solchen blinden CDU-Eifers ziehen.

Mehr Beachtung verdient allerdings ein Vorgang, den der pfälzische CDU-Regierungspräsident Dr. Franz Pfeiffer als Dienstvorgesetzter der in Rheinland-Pfalz verstaublichten Landräte ausgelöst hat. Der Chef der Bezirksregierung in Neustadt a.d. Weinstrasse verwandte nämlich in den letzten Tagen vor dem Besuch Willy Brandts in der Pfalz nicht weniger als drei Telefongespräche darauf, um dem Landrat des nordpfälzischen Kreises Rockenhausen die Weisung zu übermitteln, dass er weder als Landrat noch als Person an einer Begrüssung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin teilnehmen dürfe. Der Regierungspräsident, der noch kürzlich vor dem Verfassungsgerichtshof in Koblenz von einem Ministerialdirigenten

des Mainzer Justizministeriums als die Verkörperung des "neutralen Berufsbeamtenums" gepriesen worden war, berief sich bei der wiederholten telefonischer Vergatterung des sozialdemokratischen Landrats Fritz Müller auf Anordnungen des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Altmeier und des Innenministers August Wolters (CDU).

Diese eklatante Verletzung der im Grundgesetz garantierten persönlichen Freiheit des Staatsbürgers - als solcher darf sich ja wohl auch ein beamteter Sozialdemokrat betrachten - veranlasste den ebenso bestürzten wie empörten Landrat von Rockenhausen, die SPD-Landtagsfraktion in Mainz zu verständigen. Ein Mitglied des Fraktionsvorstandes stellte den Innenminister in Mainz zur Rede. Er bestritt, mit dieser Weisung aus dem pfälzischen Regierungspräsidium auch nur das geringste zu tun zu haben. Dies geschah am Dienstag.

Am folgenden Vormittag, in den Stunden vor der Ankunft Willy Brandts in der nordpfälzischen Kreisstadt, wehte denn auch plötzlich aus Neustadt ein völlig anderer telefonischer Wind. Im Auftrag des Regierungspräsidenten riefen zwei leitende Beamte kurz hintereinander Landrat Müller an und ersuchten ihn nun geradezu zur Teilnahme an der Begrüßung des Regierenden Bürgermeisters. Der Landrat erklärte ihnen nun seinerseits kühl, er fühle sich an die persönliche Weisung des Regierungspräsidenten gebunden.

Als Bürgermeister Adolf Rothley (SPD-MdL) diesen Grund für das Fernbleiben des Landrats seinen in stattlicher Zahl zum Empfang Willy Brandts versammelten Bürgern eröffnete, erklangen laute Pfui-Rufe. Dabei sollte es jedoch angesichts eines derartigen Missbrauches des Weisungsrechtes gegenüber Beamten und der darin beschlossenen Unuldamsamkeit, die sich mit der eines totalitären Staates durchaus messen kann, nicht bleiben. Der betroffene Landrat erwartet jedenfalls, dass dieser geradezu unglaubliche Vorgang ein parlamentarisches Nachspiel haben wird. Bei allem Verständnis für die von Tag zu Tag stärker werdende Nervosität bei den CDU-Wahlkampfstrategen kann ein solcher massiver Eingriff in die Grundrechte des Staatsbürgers, der als geistige Freiheitsberaubung qualifiziert werden muss, nicht mehr zu den Mitteln gerechnet werden, die in die Rubrik "hemmungloser Wahlkampf" evtl. noch eingeordnet werden dürften.

Prestigegewinn für Tito

Konferenz der Neutralen in Jugoslawien

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Etwas unerwartet erreichte Belgrad die Nachricht, dass die 22 Vertreter der Kairoer Konferenz zur Vorbereitung des Treffens der Staatschefs der Neutralen Jugoslawien zum Gastgeber dieses Ereignisses gewählt haben. Hatte man auch in Belgrad betont, die Wahl des Konferenzortes sei von nur zweitrangiger Bedeutung, verzingt man jetzt seine Genugtuung über die Entscheidung nicht. Kein Wunder, stellt sie doch einen nicht zu unterschätzenden Prestigegewinn für Titos bisherige und zukünftige Aussenpolitik dar, der die unlängst Wirklichkeit gewordene Ernennung des Ost-Spezialisten Kennan zum amerikanischen Botschafter in Belgrad einerseits weit überstrahlt und andererseits rechtfertigt.

Freilich sollte man deswegen der Gipfelkonferenz der Neutralen nicht voreilig Blankoschecks auf die erhoffte Wirksamkeit der sich von einer Vielzahl von Teilnehmern gesetzten politischen Ziele ausstellen. Die Überzeugung des offiziellen Belgrads in Bezug auf die Gipfelkonferenz der Neutralen ist, dass sie nicht nur einen Wendepunkt in Hinsicht eines neuen Beitrages der nicht-engagierten Länder zu einer konstruktiven internationalen Zusammenarbeit darstellen werde, sondern gleichzeitig ein engeres Zusammenwirken der blocklosen Staaten selbst sichern solle.

Dass sich solche Interpretationen auf ein geschlosseneres Auftreten der Blocklosen in- und ausserhalb der UNO beziehen, daraus macht man in Belgrad seit Monaten kein Geheimnis mehr. In diesem Zusammenhang ist der 1. September als Zeitpunkt der Konferenz der Staatschefs der Neutralen wohl nicht zufällig so gewählt, dass das Ereignis fast unmittelbar in die UN-Generalversammlung einmünden wird. Dadurch wird die Probe recht bald aufs Exempel gestellt werden können, wieviel politische Wirksamkeit dieser demonstrativen Einheitsbezeugung der Neutralen zukommt. Wird doch das Auftreten der Neutralen in der UNO von der gesamten Weltöffentlichkeit deutlich beobachtet werden können.

Mag man auch den Neutralen alle guten Wünsche auf dem Weg geben, darf man nicht übersehen, dass sie selbst bei geschlossenem Auftreten und möglicherweise erfolgreicher Anwendung der UNO-Abstimmungsmaschinerie zugunsten der eigenen Anschauungen sich keine leichte Aufgabe gesetzt haben. Die Geschichte der letzten Jahre hat leider nur allzu oft bewiesen, dass auch wohlgemeinte Abstimmungen in der Weltorganisation nicht stets zur Lösung welt-politischer Probleme beitragen konnten. Vielleicht war diese Einsicht die Grundlage für die kürzliche Zusicherung des jugo-slawischen Staatschefs Tito, die Gipfelkonferenz der Neutralen werden keinen der beiden Blöcke angreifen, sondern sich um eine Überbrückung der Blockdifferenzen bemühen. Wenn dies gelingt, könnte die Konferenz tatsächlich von historischer Bedeutung sein, die ihr bereits im voraus selbstlobend einige Teilnehmer zuschreiben möchten.

Es geht um das Erdöl der Sahara

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Einer der wesentlichsten Streitpunkte zwischen Frankreich und der FLN ist zweifellos die Sahara. Sie soll, nach offizieller französischer Auffassung, nicht von vornherein Bestandteil der kommenden algerischen Republik sein, sondern entweder exterritoriales Gebiet unter französischer Verwaltung oder eventuell unter algerischer Souveränität, aber mit besonderen Rechten für die französische Erdölindustrie.

Die FLN schliesst Diskussionen über eine kollektive Ausbeutung des Erdöls nicht aus, betrachtet die Sahara aber vorerst als Bestandteil des entstehenden algerischen Staates.

In diese starre Gegenüberstellung von Standpunkten, die sich in Evian um kein Jota einander näherten, brachte die gemeinsame Entschliessung Tunesiens und Malis, einen Weg vor dem Konferenzabbruch, neues Leben. Die beiden Anrainerstaaten der Sahara betrachten diese nicht als "algerisch", sondern als "afrikanisch", was ein Strich durch die Rechnungen nicht nur Frankreichs, sondern eigentlich auch Algeriens ist. Nach einer Verbeugung vor dem Unabhängigkeitskampf des algerischen Volkes und einer deutlichen Absage an die französische Oberhoheit, proklamieren Tunis und Bamako ihre eigenen Interessen in der Erdölwüste. Dies widerspricht sowohl den französischen als auch den algerischen Absichten. Die Unterhändler von Evian sind aber noch durch viele andere Interessen und vor allem durch den immer noch andauernden Krieg voneinander getrennt.

Die GPRA (Provisorische Regierung der Algerischen Republik) betrachtet sich bis jetzt als uneingeschränkte Herrscherin auch der Sahara. Verhandlungen mit den angrenzenden Staaten, insbesondere mit den beiden "Brüdern" des Maghreb, Tunesien und Marokko, waren wohl geplant, aber erst nach ausdrücklicher Anerkennung der algerischen Souveränität über die Sahara. Schon die französisch-tunesische Zusammenarbeit beim Bau der Pipeline von Edjela erregte Anstoss bei den Führern der FLN. Eine vielleicht noch grössere Überraschung für die algerischen Aufständischen ist die Solidarität Malis mit Tunesien. Noch am 29. März betonte ein Kommuniqué in Bamako vollkommene Unterstützung für die Scharapolitik der GPRA. Interessanterweise hat sich Marokko der gemeinsamen Erklärung von Burgiba und Houédo Keita bis jetzt nicht angeschlossen, es besteht aber kein Zweifel darüber, dass Rabat an seinen altbekannten Sahara-Ansprüchen ebenso festhält wie an seiner Territorialforderungen gegenüber der neuen Republik Mauretanien.

Wird die an Genfer See eingeschaltete "Zeit der Überlegung" nun vielleicht durch Kulissengespräche die bestehenden Widersprüche und Gegensätze lindern? Für die Algerier und auch für die Franzosen bedeutet die Botschaft von Evian eine grosse Enttäuschung.

Gute Europäer

sp - Der Weg nach Europa ist weit. Soll das Ziel, ein einheitliches Europa, in absehbarer Zeit erreicht werden, dann müssen noch viele Hindernisse überwunden und unzählige Steine beiseite geräumt werden. Schöne Worte und selbst guter Wille reichen nicht aus, um auf diesem Wege voranzukommen.

Der Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, der SPD-Abgeordnete Willy Birkelbach, hat vor Bonner Journalisten auf einige Schwierigkeiten hingewiesen. Dabei war es sehr aufschlussreich, zu erfahren, wie schwer es der Christ-demokratischen und der Liberalen Fraktion im Europäischen Parlament fällt, in entscheidenden Fragen zu einer einheitlichen übernationalen, also europäischen Meinung zu gelangen. Eine solche übernationale Meinungsbildung in der Fraktionen sei aber eine der entscheidendsten und wichtigsten Voraussetzungen für ein arbeitsfähiges Europäisches Parlament. Die Sozialistische Fraktion kennt derartige nationale Schwächen kaum. Sie bemüht sich, gleich einem Motor, die anderen Fraktionen anzutreiben und mitzureißen. Dass die deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament eine positive Rolle spielen, bezeugte der Vorsitzende des Sozialausschusses, der Niederländer Nederhorst. Ohne einen besonderen Anlass zu haben, lobte er die Redeart und das Gewicht der SPD-Abgeordneten in Strassburg. Das war zweifellos mehr als billige Courtoisie, mehr als eine freundschaftlich-höfliche Bemerkung. Seine Bemerkung lässt vielmehr den Schluss zu, dass die deutschen Sozialdemokraten gute Europäer sind und auch in Strassburg als gute Europäer handeln. + + +

Erschreckende Bilanz

sp - Nach Mitteilungen des "Deutscher Studentenpressedienst" sind gegenwärtig noch 210 Hochschullehrer und Studenten in den Zuchthäusern und Gefängnissen der sowjetisch besetzten Zone Mitteldeutschlands und in der Sowjetunion inhaftiert. Nach Unterlagen des Gesamtdeutschen Referats im Verband Deutscher Studentenschaften wurden seit dem 8. Mai 1945 insgesamt 1077 Hochschullehrer, Studentenfarrer, Studenten und Studienbewerber verhaftet und aus rein politischen Gründen zu mehr als drei Monaten Zuchthaus oder Gefängnis verurteilt. In dieser düsteren Zahl sind die wegen Vergehen oder Verbrechen aus der nationalsozialistischen Zeit Verurteilten nicht einbegriffen. Von den Verurteilten starben 42 im Zuchthaus oder wurden hingerichtet; von 47 Hochschullehrern und Studenten fehlt jede Spur. Lebenslängliche Zuchthausstrafen gehörten nicht zu den Seltenheiten.

Was Wunder, wenn die Flucht von Studenten und Hochschullehrern anhält. So sind allein 1960 rund 4000 Studenten, Studienbewerber, Junglehrer, Professoren, Lektoren und wissenschaftliche Assistenten unter dem auf die Intelligenz ständig ausgeübten Druck geflohen. Der Zeitpunkt lässt sich errechnen, wann die Zone von studentischer Jugend fast entblösst sein wird.

Genau diese Furcht vor der Entblössung, vor der ankaltenden Massenflucht aus Mitteldeutschland veranlasst Herrn Ulbricht nun, auf die Pauke zu schlagen; er will, unter Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes der deutschen Nation, die Spaltungsgrenze zur Staatsgrenze fixieren, um jeden Fluchtweg abzuschneiden. Ein Regime ohne Jugend hat jedoch keine Zukunft; auch der Schutz der mächtigen Sowjetunion kann diesen Tatbestand nicht verschleiern. + + +